

Stenographisches Protokoll

3. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 20. April 1966

Tagesordnung

1. Erklärung der Bundesregierung
2. Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten DDr. Pittermann

Inhalt

Nationalrat

Angelobung der Abgeordneten Dr. Stella Klein-Löw (S. 30)

Personalien

Krankmeldung (S. 30)

Bundesregierung

Regierungserklärung des Bundeskanzlers Doktor Klaus (S. 31)

Antrag Dr. Withalm auf Durchführung der Debatte in der nächsten Sitzung — Annahme (S. 41)

Zuschrift des Bundeskanzlers Dr. Klaus: Ernennung der neuen Bundesregierung (S. 30)

Bericht über die Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC) in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1964 (XXXVII. Tagung) — Außenpolitischer Ausschuß (S. 31)

Schriftliche Anfragebeantwortung 1 (S. 31)

Regierungsvorlagen

3: Abkommen mit Jugoslawien über eine vorläufige Regelung betreffend die Verbringung von Waren und Zahlungsmitteln im Kleinen Grenzverkehr — Außenpolitischer Ausschuß (S. 31)

4: Bericht betreffend die Abänderungsurkunde zur Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation (Nr. 1), 1964 — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 31)

Immunitätsangelegenheit

Bericht des Immunitätsausschusses über das Auslieferungsbegehren gegen den Abgeordneten DDr. Pittermann (6 d. B.)

Berichterstatte: Dr. Kleiner (S. 41)

Annahme des Ausschußantrages (S. 42)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Peter, Melter und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Besteuerung von Überstunden (5/J)

Peter, Dr. Scrinzi und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Neufassung des vorliegenden Lehrplanentwurfes für das neunte Schuljahr (6/J)

Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, betreffend Telephonanschlüsse im 22. Wiener Gemeindebezirk (Kaisermühlen) (7/J)

Melter, Meißl und Genossen an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Änderung des Landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherungsgesetzes (8/J)

Anfragebeantwortung

Eingelangt ist die Antwort

des Bundesministers für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Peter und Genossen (1/A. B. zu 3/J)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzender: Präsident Dr. Maleta.

Auf der Regierungsbank:

Bundeskanzler Dr. Josef Klaus,

Vizekanzler und Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. Fritz Bock,

die Bundesminister:

für Inneres Dr. Franz Hetzenauer,

für Justiz Dr. Hans Klecatsky,

für Unterricht Dr. Theodor Piffl-Perčević,

für soziale Verwaltung Grete Rehor,

für Finanzen Dr. Wolfgang Schmitz,

für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Karl Schleinzner,

für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß,

für Landesverteidigung Dr. Georg Prader,

für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lujo Tončić-Sorinj,

Minister ohne Portefeuille Dr. Vinzenz Kotzina;

die Staatssekretäre:

im Bundesministerium für Inneres Dr. Franz Haider,

im Bundesministerium für soziale Verwaltung Franz Soronics,

im Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dr. Josef Taus,

im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Carl Bobleter.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße respektvoll den in unserer Mitte erschienenen Herrn Bundespräsidenten. *(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen und bereiten dem Staatsoberhaupt eine lebhafte Ovation.)*

Ich begrüße ferner die neu ernannte Bundesregierung unter der Führung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Klaus. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Das amtliche Protokoll der 2. Sitzung des Nationalrates vom 1. April 1966 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Zankl.

Frau Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw war in der 1. Sitzung des Nationalrates krank gemeldet und konnte daher die Angelobung nicht leisten. Sie ist heute im Hause erschienen. Ich werde daher sogleich ihre Angelobung vornehmen.

Ich bitte den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Fiedler, um die Verlesung der Gelöbnisformel.

Schriftführer Dr. Fiedler verliest die Gelöbnisformel. — Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw leistet die Angelobung.

Präsident: Ich begrüße die Frau Abgeordnete wiederum herzlich in unserer Mitte.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Fiedler, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dr. Fiedler: Vom Herrn Bundeskanzler ist unter der Zl. 3666-PrM/66 vom 19. April folgendes Schreiben an den Herrn Präsidenten des Nationalrates eingelangt:

„Ich beehre mich die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschließung vom 2. April 1964 gemäß Artikel 70 Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 mich zum Bundeskanzler ernannt hat.

Weiters hat der Herr Bundespräsident über meinen Vorschlag ernannt:

Gemäß Artikel 70 Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 und Artikel 77 Absatz 4

den Wirtschaftstreuhand Dr. Fritz Bock zum Vizekanzler und Bundesminister für Handel und Wiederaufbau.

Gemäß Artikel 70 Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Franz Hetzenauer zum Bundesminister für Inneres,

den Universitätsprofessor Dr. Hans Kleatsky zum Bundesminister für Justiz,

den Abgeordneten zum Nationalrat Doktor Theodor Piffl-Perčević zum Bundesminister für Unterricht,

die Abgeordnete zum Nationalrat Grete Rehor zum Bundesminister für soziale Verwaltung,

Dr. Wolfgang Schmitz zum Bundesminister für Finanzen,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Ing. Dr. Karl Schleinzer zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Ing. Ludwig Weiß zum Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft,

den Abgeordneten zum Nationalrat Doktor Georg Prader zum Bundesminister für Landesverteidigung,

den Abgeordneten zum Nationalrat Doktor Lujo Tončić-Sorinj zum Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

Gemäß Artikel 70 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 78 Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Vinzenz Kotzina zum Bundesminister.

Gemäß Artikel 70 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 78 Absatz 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Abgeordneten zum Nationalrat Franz Soronics zum Staatssekretär und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für soziale Verwaltung beigegeben,

Dr. Josef Taus zum Staatssekretär und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft beigegeben,

den Abgeordneten zum Nationalrat Doktor Johann Haider zum Staatssekretär und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Inneres beigegeben,

den a. o. Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Carl Bobleter zum Staatssekretär und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten beigegeben.

Klaus“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, in der Verlesung des Einlaufes fortzufahren.

Schriftführer Dr. Fiedler: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Schriftführer Dr. Fiedler

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über eine vorläufige Regelung betreffend die Verbringung von Waren und Zahlungsmitteln im Kleinen Grenzverkehr (3 der Beilagen);

Bericht an den Nationalrat, betreffend die auf der 48. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommene Abänderungs-urkunde zur Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation (Nr. 1), 1964 (4 der Beilagen).

Ferner ist eingelangt:

Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Handel und Wiederaufbau über die Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC) in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1964 (XXXVII. Tagung).

Es werden zugewiesen:

3 und der Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Handel und Wiederaufbau dem Außenpolitischen Ausschuß;

4 dem Ausschuß für soziale Verwaltung.

Präsident: Die schriftliche Beantwortung der Anfrage 3/J des Abgeordneten Peter und Genossen an den Herrn Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, betreffend technische Defekte der Garnituren des „Transalpin“, wurde den Antragstellern übermittelt. Diese Anfragebeantwortung wurde auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

1. Punkt: Erklärung der Bundesregierung

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Erklärung der Bundesregierung.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile ihm das Wort.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Hohes Haus! Es ist das zweite Mal, daß ich vor dem Nationalrat eine Regierungserklärung abgebe. Zwischen dem 2. April 1964 und dem heutigen Tag lag der 27. April 1965, an dem wir den zwanzigjährigen Bestand der Zweiten Republik feiern konnten. Aber nicht aus dem Grunde, daß wir inzwischen die Schwelle des dritten Jahrzehnts der Zweiten Republik überschritten haben, glaube ich von einem neuen Abschnitt sprechen zu können.

Nach den ersten Wahlen zum Nationalrat, die im dritten Jahrzehnt der Zweiten Republik stattgefunden haben, sind Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, Volksvertreter im vollen Sinne des Wortes. Es war der klar zum Ausdruck gebrachte Wille der Wähler, die

österreichische Demokratie aus der paktierten Erstarrung der alten Koalition herauszuführen und lebendiger zu machen. Die Wähler haben in diesem Hause klare Mehrheitsverhältnisse nicht zuletzt deshalb geschaffen, weil sie der Meinung sind, daß dem Wohl des ganzen Volkes dienende Entscheidungen nicht länger hinausgeschoben werden dürfen. Allerdings kann auch nichts die Regierung daran hindern, dem Gesetzgeber die der Lösung dieser Aufgaben dienenden Vorlagen rasch zu übermitteln, wofür sie die Unterstützung der Abgeordneten aller Parteien erbittet.

Hohes Haus! Der Geist, in dem diese Probleme gelöst werden sollen, soll nach meiner Auffassung nicht die Ideologie einer Partei und auch nicht das arithmetische Mittel der Ideologie mehrerer Parteien sein, sondern das Bewußtsein, dem ganzen Staat zu dienen, und die Verpflichtung, eine Politik zum Wohle aller Österreicher zu betreiben.

In diesem Geist hat die Partei, die in diesem Hause die Mehrheit repräsentiert, der zweitstärksten Partei nach den Wahlen die Hand zur Zusammenarbeit gereicht. Diese Hand ist leider nicht ergriffen worden.

In alten Demokratien ist der Händedruck zwischen politischen Gegnern auch nach harten Wahlkämpfen eine Selbstverständlichkeit, denn es gibt in der Demokratie weder Sieger noch Besiegte auf Dauer; vielmehr hat der bei einer Wahl Erfolgreiche das in ihn gesetzte Vertrauen erst zu rechtfertigen, und der, der weniger erfolgreich war, besitzt die Chance, neues Vertrauen zu erringen. Ich möchte hier als Vorsitzender der neuen Bundesregierung nur einer Hoffnung Ausdruck geben: Bemühen wir uns, sowohl das eine wie das andere — die Rechtfertigung eines bereits ausgesprochenen und die Erringung eines erhofften neuen Vertrauens — nicht gegeneinander, sondern gemeinsam zu erringen; nicht durch unfruchtbaren Streit, sondern im fruchtbaren Leistungswettbewerb, wie er dem Wesen des Zusammenwirkens von Regierung und Opposition eigen ist. Und im Bewußtsein einer schweren Verantwortung, aber auch einer schönen Aufgabe, die wir gemeinsam für unser Vaterland, die Republik Österreich, tragen wollen, gehen wir an die Arbeit!

Hohes Haus! Mit besonderem Nachdruck bekennt sich die Bundesregierung zu unserer Verfassung und zu ihren tragenden Grundsätzen, zur Republik, zur Demokratie, zum Bundesstaat, zum Rechtsstaat.

Österreich ist eine demokratische Republik. So lautet der erste Satz unseres Bundes-Verfassungsgesetzes. Wir alle, die Bundesregierung, aber auch, dessen bin ich gewiß, Sie, meine Frauen und Herren Abgeordneten zum

Bundeskanzler Dr. Klaus

österreichischen Nationalrat, erblicken in diesem Satz keine leere Formel, keine bloße Deklamation, sondern einen zwingenden Verfassungsbefehl, eine verbindliche Norm, der wir, die wir in diesem Staate politisch handeln, immer aufs neue Leben und Inhalt zu verleihen haben.

Weiter heißt es in der Verfassung der demokratischen Republik Österreich: Ihr Recht geht vom Volk aus. Ihnen, als den gewählten Vertretern des österreichischen Volkes, obliegt im Zusammenwirken mit dem Bundesrat die Gesetzgebung einschließlich der Verfassungsgesetzgebung. Ihnen ist die Bundesregierung als Organ der Gesetzesvollziehung politisch verantwortlich. Die Regierung ist sich dieser Verantwortung voll bewußt. Sie wird bemüht sein, die ihr übertragenen Aufgaben, die nicht zuletzt in der Gesetzesinitiative liegen, im Geiste der Zusammenarbeit und im Geiste dieser Regierungserklärung nach Kräften zu erfüllen. Daneben wird dem Initiativrecht der Abgeordneten dieses Hohen Hauses und den Einrichtungen der direkten Demokratie in der kommenden Gesetzgebungsperiode große Bedeutung zukommen. Die endgültige Entscheidung wird stets in diesem Hohen Haus fallen. Das ist das Gesetz der Demokratie. Das letzte Wort sprechen die frei gewählten Abgeordneten als Vertreter des österreichischen Volkes.

Österreich ist ein Bundesstaat. Die österreichischen Bundesländer sind keine dezentralisierten Verwaltungsbezirke. Die Bundesregierung wird die Rechte der Bundesländer, aber auch die Tradition, ihre kulturelle Eigenart und die Überzeugung ihrer Bewohner achten und respektieren.

Die Bundesregierung wird über das Forderungsprogramm der Bundesländer zügig weiterverhandeln und nach Durchführung des erforderlichen Begutachtungsverfahrens jene Gesetzentwürfe, über die in den bisherigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern bereits Einverständnis erzielt wurde, sodann dem Nationalrat als Regierungsvorlagen zu leiten.

Das besondere Augenmerk der Bundesregierung gilt hiebei dem Gesichtspunkt, einseitige Verschiebungen in den Zuständigkeiten von Bund und Ländern ohne entsprechenden Ausgleich künftig in Regierungsvorlagen zu vermeiden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Insbesondere wird ihr dabei auch die Stellung des Landeshauptmannes als Träger der mittelbaren Bundesverwaltung angelegen sein. Die Sonderverwaltung des Bundes einschließlich der Sicherheitsverwaltung wird auf das notwendigste Mindestmaß eingeschränkt werden müssen, wobei den Landes-

instanzen auch auf dem personellen Sektor eine Mitwirkung einzuräumen ist.

Das rechtsstaatliche Prinzip ist ein weiterer tragender Grundsatz unserer Verfassung. Der Rechtsstaat kann nicht nur durch ein Lippenbekenntnis erfüllt werden, seine Verwirklichung ist vielmehr ein Gebot, das durch Handlungen, die diesem Prinzip gerecht werden, tagtäglich unter Beweis gestellt werden muß. Die Bundesregierung erneuert in diesem Sinne ihr Bekenntnis zum Rechtsstaat und zu den rechtsstaatlichen Einrichtungen der Republik, deren Schutz, Stärkung und Ausbau ihr besonders am Herzen liegen.

Eine die Gefährdung des Menschen in der Gegenwart in Rechnung stellende Neufassung und der weitere Ausbau der Grund- und Freiheitsrechte, die derzeit in mehreren Rechtsquellen aus verschiedenen Epochen enthalten sind, ist eine vordringliche Aufgabe der Verfassungsgesetzgebung. Die Sicherung des einzelnen vor dem immer mehr überhandnehmenden staatlichen und außerstaatlichen Kollektiv, die Gewährleistung von Freiheitsräumen für die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit, die rechtliche Ordnung und Beschränkung des Einsatzes jener Mittel, die die moderne Technik und Wissenschaft zur Manipulation des Menschen darbietet, bedeuten eine große und großartige rechtspolitische Aufgabe. Die Arbeiten der beim Bundeskanzleramt eingerichteten Grundrechtskommission, die bereits zu wichtigen Teilergebnissen geführt haben, werden intensiv fortgesetzt und sollen nach Möglichkeit noch in dieser Legislaturperiode zur Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes führen.

Den hiezu berufenen Faktoren wie auch der breiten Öffentlichkeit selbst wird Gelegenheit geboten sein, zu dieser so wichtigen Gesetzesmaterie Stellung zu nehmen. Gegebenenfalls werden im Rahmen der Grund- und Freiheitsrechte einzelne Rechtsgebiete schon vor der Gesamtkodifikation besonders zu regeln sein.

Es wird zu prüfen sein, wie und ob der geltende Text der Bundesverfassung mit den vielen Veränderungen, die er seit seinem Bestand erfahren hat, durch geeignete Maßnahmen klarzustellen ist.

Die Rechtsstellung der politischen Parteien, die an der politischen Willensbildung des Volkes maßgeblich beteiligt sind, soll eine klare Regelung erfahren.

Unverzichtbarer Bestandteil einer rechtsstaatlichen Ordnung ist die Kontrolle aller Staatsakte durch unabhängige Gerichte. Die Gewährleistung einer unparteiischen und von politischen Einflüssen freien Rechtsprechung ist ein vordringliches Anliegen der Bundesregierung. Die bedingungslose Achtung gerichtlicher Ent-

Bundeskanzler Dr. Klaus

scheidungen, vor allem der Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe — des Verfassungsgerichtshofes, des Verwaltungsgerichtshofes, des Obersten Gerichtshofes — ist eine Verpflichtung für alle Organe der Gesetzgebung und Vollziehung.

Die Sicherung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung und die Gewährleistung der gegenseitigen Unabhängigkeit der höchsten Gerichtshöfe ist ein dringendes Gebot. Die Bundesregierung wird für den Ausbau der Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechtes eintreten und in diesem Zusammenhang insbesondere zusätzliche Sicherungen für den Fall vorschlagen, daß gegenüber dem einzelnen Staatsbürger verfassungswidrige Gesetze und gesetzwidrige Verordnungen angewendet werden. Sie wird die Erweiterung der Kompetenzen des Verwaltungsgerichtshofes hinsichtlich der Überprüfung von Disziplinarentscheidungen ins Auge fassen. Eine Stärkung der ordentlichen Gerichtsbarkeit erwartet sich die Bundesregierung davon, daß die Staatsanwaltschaften bei Strafverfolgungen streng nach dem Legalitätsprinzip vorgehen werden.

Hohes Haus! Wenn die Bundesregierung einige wichtige Verfassungsgrundprinzipien angesprochen hat, so möchte ich nicht verfehlen, zu unterstreichen, daß sie sich auch anderen wichtigen Verfassungsprinzipien — wie etwa dem Grundsatz der Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung, der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, der Unabhängigkeit der Gerichte sowie den Grundsätzen der Gewaltentrennung und der Subsidiarität — nicht minder verpflichtet fühlt und es auch für ihre Aufgabe ansieht, den Grundsatz des freien Mandats zu respektieren.

Die internationale Zusammenarbeit in der Welt von heute ist geprägt vom Gedanken der Interdependenz der Völker. Die Erhaltung des Weltfriedens ist damit zu einer Angelegenheit geworden, die alle Staaten, ob groß oder klein, angeht. Es ist die Aufgabe der Bundesregierung, das Ausmaß der Verpflichtung Österreichs zu erkennen und den der Stellung unseres Landes entsprechenden Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten. So wie bisher werden wir auch in Zukunft durch aktive Mitarbeit in den internationalen Organisationen, denen wir angehören, vor allem aber im Rahmen der Vereinten Nationen unsere Solidarität mit der Völkergemeinschaft bei der Bewältigung dieses weltweiten Anliegens bekunden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich daran erinnern, daß es am 16. April zehn Jahre waren, daß Österreich dem Europarat angehört.

Die österreichische Außenpolitik muß auf einer verlässlichen, den Schwankungen der

Tagespolitik und dem Parteienstreit entzogenen Maxime begründet sein. Diese Grundnorm findet sich im Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955, mit dem Österreich seine immerwährende Neutralität festgelegt hat. Die mit diesem Gesetz verbundene, seither unverändert gebliebene Zielsetzung ist die dauernde Behauptung der Unabhängigkeit Österreichs nach außen und die Sicherung der Unverletzlichkeit des Staatsgebietes. Hier wird sich die Bundesregierung so wie bisher von dem Grundsatz leiten lassen, daß die Interpretation der aus diesem Bundesverfassungsgesetz erfließenden internationalen Verpflichtungen ausschließlich ihr selbst zukommt, wobei sie sich ihrer parlamentarischen Verantwortung dem Hohen Hause gegenüber und der Notwendigkeit der Beachtung der allgemein anerkannten völkerrechtlichen Grundsätze voll bewußt ist.

Die Bundesregierung wird sich auch weiterhin von dem Grundsatz leiten lassen, daß eingegangene internationale Verpflichtungen strikt zu respektieren sind. Sie sieht im Bekenntnis zu diesem Prinzip die beste Gewähr für ein von Spannungen freies Verhältnis zu allen Staaten, mit denen vertragliche Bindungen bestehen. Ich möchte hier besonders unterstreichen, daß die kontinuierliche Fortsetzung der freundschaftlichen und von wechselseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen zu den Großmächten auch in Hinkunft einen wesentlichen Bestandteil unserer Außenpolitik bilden wird.

Die Regelung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Gemeinsamen Markt wird auch in der kommenden Legislaturperiode vorrangigste Aufgabe auf außenpolitischem Gebiet bleiben.

Die Behauptung unserer Unabhängigkeit ist eng verbunden mit der Sicherung der Bezugsquellen und Absatzmöglichkeiten für unsere Industrie-, Gewerbe- und Agrarprodukte auf den traditionellen Märkten und mit der Teilnahme an der wirtschaftlichen Dynamik des großen europäischen Wirtschaftsraumes, wovon auch die Erhaltung der Arbeitsplätze weitgehend abhängig ist. Die in dieser Richtung geführten Verhandlungen mit der EWG-Kommission in Brüssel zeigen, daß ein solcher Vertrag besonderer Art mit der Neutralität vereinbar ist und daß keine unüberwindlichen sachlichen Hindernisse bestehen; sie müssen daher zum ehesten Zeitpunkt fortgeführt werden, um einen raschen Abschluß des Vertrags zu bewirken. Die Bundesregierung wird daher alle Anstrengungen machen, um zu diesem Ziele zu gelangen.

Mit aufrichtigem Bedauern muß die österreichische Bundesregierung feststellen, daß

Bundeskanzler Dr. Klaus

ein befriedigender Abschluß der Verhandlungen mit Italien über die Lösung der Südtirol-Frage immer noch aussteht.

Österreich bemüht sich, gestützt auf die Beschlüsse der Vereinten Nationen und im Vertrauen auf Zusicherungen der zuständigen italienischen Regierungsorgane, seit nunmehr fast fünf Jahren um eine Beilegung des Streitfalles auf bilateraler Ebene. Ich möchte betonen, daß bei den Verhandlungen sowie bei persönlichen Begegnungen und Gesprächen von Staatsmännern Italiens und Österreichs viel guter Wille geäußert wurde. Den Worten sollten nun endlich Taten folgen. Die Zeit drängt, und ein weiterer Aufschub ist im Interesse der betroffenen Bevölkerung immer schwerer verantwortbar.

Die österreichische Bundesregierung kann versichern, daß sie nichts lebhafter wünscht als die Festigung enger, ungetrübter und herzlicher Beziehungen zum italienischen Nachbarvolk. Sie darf sich aber auch der Verpflichtung nicht entziehen, die ihr das von den Vereinten Nationen bekräftigte Pariser Abkommen zum Schutz der Südtiroler Volksgruppe auferlegt. Im Bewußtsein dieser Verpflichtung wird die österreichische Bundesregierung in ihren Anstrengungen, sei es auf bilateraler, sei es auf internationaler Ebene, nicht erlahmen. Ich möchte diesen Teil der Regierungserklärung nicht abschließen, ohne nochmals an die italienische Regierung zu appellieren: Der Schritt, der noch zu tun ist, ist nur mehr klein. Seine Auswirkungen aber wären groß und segensreich für unsere beiden Völker.

Österreich verfolgt mit Aufmerksamkeit die Vorgänge, die auf eine Annäherung der Völker, unbeschadet welchem gesellschaftspolitischen System sie angehören, hoffen lassen. Große Bedeutung mißt die österreichische Bundesregierung der Intensivierung der Kontakte mit den Staaten des Donraums bei, wobei der Vertiefung der kulturellen, wirtschaftlichen, menschlichen und touristischen Beziehungen eine besondere Rolle zukommt. Hier möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß die Bereinigung der vermögensrechtlichen Fragen mit jenen Staaten, mit denen bisher auf diesem Gebiet noch kein Einvernehmen erzielt werden konnte, eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Herstellung eines guten Nachbarschaftsverhältnisses darstellt.

Zu den großen Weltproblemen der Zukunft, die die Menschheit nur in gemeinsamer Verantwortung und in einem Elan humanitärer Solidarität lösen kann, gehört die Bekämpfung von Armut, Hunger, Unwissenheit, Analphabetentum und Not in den Entwicklungsländern. Österreich hat wiederholt vor den

internationalen Organisationen, die sich mit dieser Frage beschäftigen, den Willen bekundet, einen den wirtschaftlichen Kräften unseres Landes angemessenen Beitrag zu leisten. Es geht aber nicht nur um die Aufbringung der für die Entwicklungshilfe notwendigen materiellen Mittel.

Die gestellte Aufgabe ist in nicht geringerem Ausmaße auch ideeller Natur. Von dieser Erwägung geleitet, wird die Bundesregierung die Tätigkeit des vor kurzem gegründeten Österreichischen Jugendrates für Entwicklungshilfe tatkräftig unterstützen, der sich die Aufgabe gestellt hat, an den Idealismus der Jugend zu appellieren, um sie für diese schöne humanitäre Aufgabe zu begeistern und die jungen Kräfte des Landes zu mobilisieren.

Das im Vorjahr zu Ende gegangene II. Vatikanische Konzil, das Auftreten des Oberhauptes der katholischen Kirche vor den Vereinten Nationen, die eindringlichen Appelle und Initiativen des Papstes zur Erhaltung des Weltfriedens haben die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die hohe moralische Autorität gelenkt, die die katholische Kirche in der Welt von heute darstellt. Österreich verfolgt diese Bemühungen des Heiligen Stuhles mit gebührender Aufmerksamkeit, denn es ist an der Erhaltung des Weltfriedens und der Herbeiführung einer Zusammenarbeit zum Wohle aller Völker interessiert.

Österreich hat sich im Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 auch verpflichtet, die Neutralität mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechtzuerhalten und zu verteidigen. Zu dieser Verteidigung ist vor allem das Bundesheer berufen, dem gemäß Artikel 79 des Bundes-Verfassungsgesetzes der Schutz der Grenzen obliegt. Die Bundesregierung wird, im Hinblick auf die freiwillig übernommene Verpflichtung zur Verteidigung unseres Landes, ihr Bemühen besonders darauf richten, die Beseitigung jener Beschränkungen zu erwirken, die die Selbstverteidigung Österreichs behindern. Das Bundesheer ist so auszubauen und auszurüsten, daß es die ihm übertragenen Aufgaben in bestmöglicher Form erfüllen kann und die stete Einsatzbereitschaft gewährleistet ist.

Im besonderen wird dem Ausbau der territorialen militärischen Verteidigungsorganisation und der Verteidigung des Luftraums erhöhte Bedeutung zukommen. Der Ausrüstung des Bundesheeres und der militärischen Bauplanung ist ein langfristiges, nach Schwerpunkten orientiertes Konzept zugrunde zu legen. Der Bedarf des Bundesheeres soll im Rahmen des Möglichen im Inland gedeckt werden, wobei vornehmlich inländische Ent-

Bundeskanzler Dr. Klaus

wicklungen zu fördern sind. Die Handlungsfähigkeit des Bundesheeres soll durch eine verfassungsgemäße Änderung des Regierungsbeschlusses betreffend die Verfügungsermächtigung über das Bundesheer gewährleistet werden.

Besondere Beachtung ist bei der Ausbildung der Wehrpflichtigen, neben der militärischen Ausbildung, auf die kulturelle Betreuung, die staatsbürgerliche Erziehung und die körperliche Ertüchtigung zu legen.

Auf der Grundlage des Regierungsbeschlusses vom 20. Feber 1962 über das Organisationschema für den Aufbau einer allumfassenden Landesverteidigung und der mit Regierungsbeschluß vom 11. Mai 1965 erteilten Auftragsstellung wird die Arbeit am Landesverteidigungsplan mit Energie weitergeführt.

Die Bundesregierung bekennt sich nachdrücklich dazu, daß die Landesverteidigung eine besondere staatspolitische Notwendigkeit darstellt, für die auch Opfer gebracht werden müssen.

Die Rechtsbereinigung hält die Bundesregierung für ein Gebot der Stunde. Hiezu gehört in erster Linie die Bereinigung des Vorschriftenwesens, der vordringliche Abbau aller überflüssigen und veralteten Vorschriften, von Vorschriften zweifelhafter Geltung und schließlich die Neukodifikation des bereinigten Rechtsstoffes. Diesen Zielen, die in weitem Umfang in den Dienst der Verwaltungsvereinfachung gestellt sind, dient der Entwurf eines Rechtsbereinigungsgesetzes, der nach Durchführung des Begutachtungsverfahrens dem Nationalrat vorzulegen sein wird.

Die öffentliche Verwaltung bedarf einer tiefgreifenden Modernisierung nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Dies erfordert interne Rationalisierungsmaßnahmen, eine Vereinfachung der Rechtsvorschriften, eine moderne Staatsverrechnung und die Modernisierung des Kanzleiwesens unter Verwendung aller Erkenntnisse der Automation.

Wünschenswert ist insbesondere die Klarstellung der zuweilen unklaren und schwer feststellbaren Kompetenzen der Bundesministerien durch eine übersichtliche bundesgesetzliche Regelung. Besonders vordringlich wird die baldige Klarstellung zweifelhafter und strittiger Zuständigkeiten der Bundesministerien zu sein haben.

Auch die beabsichtigte Bildung eines Bautenministeriums dient der Zusammenfassung, Vereinfachung und Straffung der in die Zuständigkeit des Bundes fallenden Bauangelegenheiten.

Ein besonderes Anliegen ist die Neuordnung der Rechtsverhältnisse des öffentlichen

Dienstes, wobei der Frage des Nachwuchses und der Fortbildung besonderes Augenmerk zu widmen sein wird. Hierbei wird dem Leistungsprinzip durch eine leistungsgerechtere Entlohnung stärker Rechnung zu tragen sein.

Eine Sicherung der Einrichtung des verfassungsgesetzlich vorgesehenen Berufsbeamtentums durch eine moderne Gesetzgebung ist für die gesamte staatliche Ordnung von grundlegender Bedeutung. Von diesem Gedanken ausgehend wird ein Personalvertretungsgesetz für die Interessenvertretung der öffentlich Bediensteten ehestens zu schaffen sein. Ein Beamenschutzgesetz soll, aufbauend auf der Einrichtungsgarantie des Berufsbeamtentums, Schutz gegen politische Willkür bieten. Die Haftpflicht der Staatsorgane für schuldhaftes Handeln und Unterlassungen gegenüber dem Dienstgeber soll in Anlehnung an die gesetzliche Regelung, wie sie für den Bereich der Privatwirtschaft in der vergangenen Gesetzgebungsperiode neu geregelt worden ist, einer gesetzlichen Regelung zugeführt werden.

Auf dem Gebiet der Strafrechtspflege erscheint eine gesetzliche Neukodifikation des Strafvollzugsrechts und eine Teilreform auf dem Gebiete des Strafprozeßrechts geboten. Außerdem wird die Bundesregierung der Strafrechtsreform weiterhin besonderes Augenmerk zuwenden. Da es sich auf diesem Gebiet vielfach um weltanschauliche und Gewissensfragen handelt, wird der parlamentarischen Arbeit hier besondere Bedeutung zukommen.

Jedenfalls werden diese Reformen die Willensfreiheit und die persönliche Verantwortung des einzelnen als Grundlage anzuerkennen haben.

Hohes Haus! Im Zeichen einer echten europäischen Leistungsgemeinschaft müssen wir bereit sein, unserer bildungswilligen, bildungsfähigen Jugend eine mit dem Standard anderer Länder Schritt haltende moderne, hochqualifizierte Ausbildung zu bieten, die der Begabung, der Neigung jedes einzelnen Entfaltungsmöglichkeiten gewährleistet.

Die Bundesregierung ist aber auch bereit, darüber hinaus die Priorität der Ausbildung unserer Jugend nicht nur als Aufgabe, sondern auch hinsichtlich der Ausgaben dafür anzuerkennen. Wir bejahen prinzipiell die Sparsamkeit bei den Ausgaben der öffentlichen Hand, bekennen uns aber gleichzeitig zur Befolgung des Prinzips, daß bei den öffentlichen Mitteln nicht zu Lasten, sondern nur zugunsten der Jugend gespart werden muß. Das Ansehen und die Anerkennung unseres Landes in der Welt wird ebenso wie unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu einem beachtlichen Teil davon abhängen, wie weit

Bundeskanzler Dr. Klaus

wir bereit sind, der Bildung und Ausbildung Vorrang vor anderen Aufgaben und Ausgaben einzuräumen.

In den nächsten zehn Jahren wird die Zahl der Schüler an den Pflichtschulen um 30 Prozent, an den berufsbildenden Schulen voraussichtlich um mehr als ein Drittel und an den höheren Schulen voraussichtlich um fast die Hälfte ansteigen. Der Bedarf an Lehrern und Professoren wird sich im gleichen Zeitraum um die Hälfte erhöhen.

Der Wille der Bundesregierung, Österreich in einem integrierten Europa den ihm nach der Begabung seiner Bevölkerung zukommenden Platz zu sichern, bedeutet aber auch die gleiche Einstellung zur Forschung. Wir werden auch ihr, genauso wie der Ausbildung unserer Jugend, einen Vorrang einräumen, weil sie in Verbindung mit der Ausbildung Arbeitsplätze sichert, das Wachstum unserer Wirtschaft im notwendigen Ausmaß und Tempo wesentlich unterstützt und damit eine der Grundvoraussetzungen unseres Wohlstandes ist. Die Forschung bedarf als Grundlagen- und angewandte Forschung der besonderen Förderung.

Die Bundesregierung bekennt sich darüber hinaus zur außerschulischen Erziehung und Weiterbildung, sowohl was die Berufsausbildung als auch die Berufsw Weiterbildung und die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten betrifft. Auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung wird es modernerer und großzügigerer Maßnahmen bedürfen, um den Erfordernissen der Zukunft gerecht zu werden.

Sowohl der schnell und stark steigende Bedarf an hochschulmäßig ausgebildeten Fachkräften wie auch die rasche Entwicklung der Wissenschaften verlangen gebieterisch eine umfassende und moderne gesetzliche Grundlage für die Entwicklung unseres Hochschulwesens im Geiste und unter voller Anerkennung des Grundsatzes der Freiheit von Wissenschaft und Lehre.

Die Bundesregierung wird daher ihr besonderes Augenmerk dieser notwendigen und grundsätzlichen Regelung des Studienweges und des Prüfungswesens an den Hochschulen zuwenden. Sie erwartet sich von den neuen Studiengesetzen, Studienordnungen und den neuen Studienplänen, von der geplanten Vermehrung der Lehrkanzeln, vom Ausbau und der Errichtung von Instituten fruchtbringende Entwicklungen auf dem Gebiet des österreichischen Hochschulwesens.

Die Bundestheater, Bibliotheken und Museen erfüllen eine wichtige kulturelle Aufgabe und sollen dabei weiter die gebührende Unterstützung erfahren. Dies gilt auch für die übrigen Bereiche der Kunst und des Geisteslebens.

Hohes Haus! Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß die Zukunft unseres Staates entscheidend davon abhängt, welche Grundsätze unsere Jugend mit auf ihren Lebensweg bekommt. Hier haben neben dem Elternhaus und der Schule vor allem die Religionsgemeinschaften eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Ich möchte hier wiederholen, was ich schon am 2. April 1964 vor diesem Hohen Haus festgestellt habe, daß nämlich der Staat und die Kirchen nicht nur Vertragspartner sind, sondern daß unser Staat in hohem Maße auf die sittliche Substanz angewiesen ist, die zu erhalten und zu mehren das Anliegen der Kirchen ist. Die Bundesregierung wird sowohl im Rahmen des Unterrichts und der Erwachsenenbildung als auch im gesamten öffentlichen Leben alle Bestrebungen unterstützen, den Geist gegenseitiger Achtung zwischen allen Konfessionen und Weltanschauungen, Nationalitäten und Rassen im Bewußtsein unserer Bevölkerung und der Jugend im besonderen noch fester zu verankern.

Aus dem Bekenntnis zur Ausbildung der Jugend ergibt sich auch das Eintreten der Bundesregierung für den Sport sowohl als außerschulische Jugenderziehung wie auch als Teil der Erwachsenenbildung. Die besondere Sorge wird im Zusammenwirken zwischen Bund, Ländern und Gemeinden der Errichtung von allgemein zugänglichen Sportstätten jeglicher Art gelten.

Eine gesunde Wirtschaft ist die Grundlage für den Wohlstand unserer Bevölkerung und für die Selbstbehauptung Österreichs in einer Welt wachsender wirtschaftlicher und politischer Dynamik.

So imponierend der bisherige wirtschaftliche Aufschwung der Zweiten Republik war, so wenig dürfen wir übersehen, daß wir in den nächsten Jahren vor einer neuerlichen Bewährungsprobe stehen werden, deren Anzeichen sich allenthalben abzuzeichnen beginnen. Während in den Jahren zwischen 1950 und 1960 das Sozialprodukt und der Lebensstandard in Österreich rascher gewachsen sind als in unseren westlichen Nachbarländern, ist in den letzten Jahren das Wachstum unserer Wirtschaft schwächer und uneinheitlicher geworden, gleichzeitig hat sich ähnlich wie in einer Reihe von anderen Industrieländern der Kosten- und Preisauftrieb verstärkt.

Wir müssen uns bewußt sein, daß die Grundlage jedes wirtschaftlichen Erfolges stets und überall die persönliche Leistung und Initiative der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Bauern, freiberuflich Tätigen und Unternehmer ist. Die persönliche Initiative, den persönlichen Leistungswillen zu fördern muß auch das Hauptziel der Wirtschaftspolitik sein, soll sie

Bundeskanzler Dr. Klaus

in der wachsenden Dynamik sich immer mehr integrierender Volkswirtschaften nicht über kurz oder lang Schiffbruch erleiden.

Die in den zentralverwaltungswirtschaftlich geführten Volkswirtschaften zur Überwindung zahlreicher Krisenerscheinungen eingeleiteten Reformbestrebungen sollten uns eindeutiger als bisher vor Augen führen, daß die freie Konsumwahl, die freie Wahl des Arbeitsplatzes, das freie Unternehmertum und ein funktionierender Leistungswettbewerb den wirtschaftlichen Aufstieg eines Landes besser und dauerhafter garantieren, als staatswirtschaftliche Protektionismen aller Art es vermögen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Tätigkeit der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode ist eine Finanz- und Budgetpolitik, die der Stabilität des Schillings den Vorrang gibt. Neben der Stabilität der Währung muß eine verantwortungsbewußte und gesunde Finanz- und Budgetpolitik vor allem das wirtschaftliche Wachstum fördern und damit Vollbeschäftigung gewährleisten sowie für eine gerechtere Einkommensverteilung sorgen.

Ein wesentlicher Einfluß auf die Kaufkraft des Schillings geht vom Staatshaushalt aus. Der Umfang des Budgets muß sich nach der Entwicklung der laufenden Einnahmen richten. Die Staatsschuldenpolitik muß ebenfalls dem Grundsatz der Währungsstabilität untergeordnet werden. Die Bemühungen des Bundes um die Stabilität der Währung wären aber vergeblich, würden nicht die übrigen Gebietskörperschaften, die Notenbank und die Sozialpartner gleichzeitig ihre Politik auf dieses gemeinsame Ziel ausrichten und die Ansprüche an das Sozialprodukt dem Wirtschaftswachstum anpassen.

Im Hinblick auf das schwächer gewordene Wirtschaftswachstum ist es Aufgabe der neuen Regierung, bereits zu Beginn der Legislaturperiode entsprechende Impulse zu geben. Unsere Volkswirtschaft muß noch mehr als bisher eine Leistungs- und Produktivitätssteigerung erzielen. Die Produktivkräfte der österreichischen Wirtschaft müssen den neuen Produktionsmethoden und neuen Bedürfnissen angepaßt werden. Wird diese Anpassung verzögert oder gar unterlassen, dann werden die jetzt schon vorhandenen Strukturschwächen der österreichischen Volkswirtschaft sich noch stärker bemerkbar machen. Diese Strukturschwächen belasten die gesamte Wirtschaft und binden Produktivkräfte in unproduktiven Bereichen.

Die gegenwärtige Situation erfordert daher ein modernes und umfassendes Wachstumskonzept. Die Kapitalbildung muß gefördert

und das vorhandene Kapital sowie die Arbeitskräfte müssen so produktiv als möglich eingesetzt werden.

Das Wirtschaftswachstum muß in einer vollbeschäftigten Wirtschaft vor allem durch zusätzliche Investitionen erreicht werden. Das bedeutet mehr Kapitaleinsatz für jeden Arbeitsplatz, mehr Investitionskapital für die Betriebe, mehr Eigenkapitalbildung, eine Belebung des Kapitalmarktes im weitesten Sinne, mehr Spartätigkeit und damit mehr Vermögensbildung in allen Schichten der Bevölkerung.

Das Wachstumskonzept enthält verschiedenartige Maßnahmen zur Förderung der Investitionstätigkeit und des betriebsgebundenen Sparens in Form des nichtentnommenen Gewinns. Damit soll vor allem auch die Wirtschaftskraft gesunder Mittel- und Kleinbetriebe gestärkt werden. Dazu gehören ferner Maßnahmen zur Förderung der längerfristigen Kapitalbildung und eines möglichst breit gestreuten persönlichen Eigentums, zum Beispiel durch Wertpapiersparen, Versicherungssparen und Bausparen. Vor allem sollen Arbeitnehmer in verstärktem Maße einen Anreiz erhalten, eigenes Vermögen zu bilden. Zur Sicherung bestehenden und zur Förderung künftigen Wohnungs- und Siedlungseigentums bedarf es einer Neuordnung der Einheitsbewertung von Grund und Boden unter besonderer Berücksichtigung des Ertragswertes.

Im Zeitalter einer immer komplizierter werdenden technischen Entwicklung und der Integration großer Wirtschaftsräume bedarf es neben der Förderung der Investitionstätigkeit und Kapitalbildung einer verstärkten Anhebung des Bildungsniveaus. Ein höherer Bildungsgrad ist die Voraussetzung für steigende Leistung in einer wachsenden Wirtschaft und garantiert die sinnvolle Verwendung steigender Einkommen. Es ist daher aus wachstumspolitischen Erwägungen notwendig, den Ausgaben für Unterricht, Bildung und Forschung im Rahmen der Finanz- und Budgetpolitik Vorrang zu geben.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Wachstumspolitik ist eine bewußte Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte. Eine solche aktive Arbeitsmarktpolitik soll den bestmöglichen Einsatz der Arbeitskräfte garantieren, die notwendige Umschichtung, insbesondere im regionalen Bereich, erleichtern, eine wirksame Umschulung der Arbeitskräfte ermöglichen und soziale Nachteile, die aus einer strukturellen Auflösung von Arbeitsplätzen eintreten, mildern.

Die kommenden Jahre erfordern von der österreichischen Wirtschaft die Mobilisierung aller vorhandenen Wachstumsreserven. Vor allem in den Bereichen der verstaatlichten

Bundeskanzler Dr. Klaus

Wirtschaft, der Bundesbetriebe und der öffentlichen Verwaltung sind bedeutende Reserven vorhanden. Diese den jeweils produktivsten Zwecken zuzuführen, ist das Gebot der Stunde. Zweifellos erbringt eine Reihe der verstaatlichten und sonstigen öffentlichen Betriebe wertvolle Leistungen. Betriebe aber, die seit Jahren dauernde Defizitquellen sind, binden kostbare Arbeitskraft und wertvolles Kapital. Es liegt daher nicht nur im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, sondern auch in dem des Bundes und der in diesen Betrieben Beschäftigten, daß unverzüglich entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden. Es wird notwendig sein, den verstaatlichten Unternehmungen zusätzliche Mittel über den Kapitalmarkt zur Verfügung zu stellen. Die verstaatlichten Unternehmungen werden sich ebenso wie die übrigen Wirtschaftsunternehmungen entsprechendes Eigenkapital auch durch Ausgabe von Aktien oder Wandelschuldverschreibungen beschaffen müssen.

Das moderne Wirtschaftsleben erfordert aber auch ein gut funktionierendes Verkehrsnetz. Es ist daher dem Luftverkehr und der Modernisierung und Rationalisierung sowie der Leistungssteigerung der Österreichischen Bundesbahnen bei gleichzeitiger Sanierung das größte Augenmerk zuzuwenden.

Jede wachsende Wirtschaft benötigt zusätzliche Energie. Die Energiekosten stellen eine wesentliche Komponente für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft dar. Es wird in Zukunft mehr als bisher notwendig sein, möglichst billige Energie ausreichend aufzubringen. Dies kann nur im Rahmen eines umfassenden, marktwirtschaftlich orientierten und den Entwicklungstendenzen der modernen Industriestaaten entsprechenden Energiekonzepts gewährleistet werden.

Die Bundesregierung wird auch den Möglichkeiten einer friedlichen Verwendung der Kernenergie besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Hohes Haus! Mit der Forderung, neue Ansprüche an den Staat gesetzlich zu verankern, erschweren freilich allzuoft die Staatsbürger selbst eine Vereinfachung der Verwaltung. Eine sparsame Verwaltung hat zur Voraussetzung, dem Staat im Sinne des Subsidiaritätsprinzips nur solche Aufgaben aufzubürden, die weder der einzelne noch die kleineren Gebietskörperschaften oder die Interessenvertretungen zu erfüllen vermögen.

Die Verwirklichung der wachstumsfördernden Maßnahmen wird es ermöglichen, in dieser Legislaturperiode abermals eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer durchzuführen. Diese Reform soll einen verstärkten Leistungsanreiz bieten und eine gerechtere Familien-

besteuerung herbeiführen. Auch andere Steuern bedürfen der Überprüfung nach ihrem Einfluß auf Leistungsfreude und Eigentumsbildung.

Auf dem Gebiete der Umsatzsteuer wird sich im Zuge der schrittweisen Angleichung der Steuersysteme als Folge der wirtschaftlichen Integration Europas eine grundlegende Änderung des derzeit bestehenden Umsatzsteuersystems ergeben. Ihr Ziel wird sein, im inner- und zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr gleiche Wettbewerbsverhältnisse herzustellen und auch dadurch eine Voraussetzung für ein optimales wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Die Arbeiten an einer zeitgemäßen Gewerbesteuerreform sollen fortgesetzt werden.

Ein verstärktes Wirtschaftswachstum ist für die Erhaltung der Kaufkraft der Währung von entscheidender Bedeutung. Alle Maßnahmen zur Förderung eines kräftigen Wirtschaftswachstums bei möglichst hohem Beschäftigtenstand und zu möglichst gerechter Einkommensverteilung müssen aufeinander abgestimmt werden. Eine inflationistische Entwicklung würde ein stetes Wirtschaftswachstum in Frage stellen. Deshalb ist eine klare Rangordnung der Staatsausgaben im Rahmen eines längerfristigen Budgetkonzepts notwendig. Ein solches Konzept wirkt der dauernden Überforderung des Staatshaushaltes und der daraus erwachsenden Gefährdung der Kaufkraft des Schillings vom Budget her entgegen.

Der föderalistische Aufbau Österreichs erfordert in diesem Zusammenhang ein konformes Vorgehen aller Gebietskörperschaften im Rahmen eines mehrjährigen, modernen Finanzausgleiches.

Hohes Haus! Zu den ältesten Rechten jedes Parlamentes gehört es, in Ausübung des Budgetbewilligungsrechtes die Staatswirtschaft den Forderungen und Gegebenheiten der Wirtschaft, der Kultur, der Sozialpolitik und anderen Zielen entsprechend zu gestalten. Dieser Erkenntnis soll durch eine Neuordnung der verfassungsgesetzlichen Grundlagen für das Budgetbewilligungsrecht Rechnung getragen werden. Darauf aufbauend, wird ein neues Haushaltsgesetz die Voraussetzungen dafür zu schaffen haben, daß eine echte Bedeckung aller Ausgaben sichergestellt und in ihrem konjunkturgerechten Einsatz erleichtert wird.

Die relative Enge unseres Wirtschaftsraumes bedingt, daß ein optimales Wachstum nur erzielt werden kann, wenn Österreich im größtmöglichen Ausmaß an der internationalen Arbeitsteilung teilnimmt. Hohe Exporte und hohe Importe sind für uns lebenswichtig.

Bundeskanzler Dr. Klaus

Unsere Außenhandelsstatistik zeigt eindeutig, daß die Hauptergänzungsgebiete der österreichischen Volkswirtschaft im internationalen Güter- und Leistungsaustausch im Bereich der EWG liegen. Die neue Bundesregierung wird, wie bereits erwähnt, die bisherigen Verhandlungen über ein Abkommen mit der EWG erfolgreich zu Ende führen müssen und damit sicherstellen, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung gegenüber den westlichen Industrieländern nicht zurückbleibt, sondern sich in zunehmendem Maße angleicht.

Von besonderer Bedeutung für die österreichische Wirtschaft ist auch der Fremdenverkehr. Seine Einrichtungen müssen den modernen Anforderungen entsprechen, um gegenüber anderen Fremdenverkehrsländern voll konkurrenzfähig zu bleiben. Die Bundesregierung wird diesem Gesichtspunkt nicht zuletzt im Hinblick auf die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die österreichische Zahlungsbilanz besondere Beachtung schenken.

Bei den Investitionen im Rahmen der Infrastruktur wird es notwendig sein, die raumordnungspolitischen Gesichtspunkte und Konsequenzen stärker zu berücksichtigen. Im Rahmen der Bundeskompetenzen wird den Aufgaben der regionalen Strukturpolitik insbesondere aus dem Gesichtspunkt der Funktionsfähigkeit der ländlichen Gebiete ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden sein. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Fernverkehrssteuer reformiert werden müssen.

Das österreichische Autobahnnetz, das in einer Länge von 335 km fertiggestellt und in einer Länge von 135 km in Bau ist, muß im Interesse der Sicherheit, der Kostenersparnis, des Fremdenverkehrs und der Verbindung mit unseren Nachbarstaaten weiter ausgebaut werden. Ebenso kommt der Modernisierung der mehr als 9000 km des Bundesstraßennetzes größte Bedeutung zu. Die Straße soll auch durch den aus Gründen der Energieversorgung notwendigen Bau von Ölleitungen vom Transport flüssigen Brennstoffes möglichst freigehalten werden.

Die Land- und Forstwirtschaft sichert die Ernährung des österreichischen Volkes, versorgt wichtige Zweige des Gewerbes und der Industrie mit unentbehrlichen Rohstoffen und ist Konsument der Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft. Es liegt daher im Interesse aller, daß dieser unentbehrliche Bestandteil der Gesamtwirtschaft gesund und leistungsfähig bleibt.

Träger der Leistungen der österreichischen Land- und Forstwirtschaft ist vor allem der bäuerliche Familienbetrieb. Ihn zu erhalten und zu stärken wird das wichtigste Anliegen

der Agrarpolitik der österreichischen Bundesregierung sein. Hierbei werden ausgewogene, wohl aufeinander abgestimmte Maßnahmen der Strukturpolitik, der Markt- und Preispolitik, der Sozialpolitik und der Bildungspolitik die Selbsthilfe der Bauernschaft zu erleichtern und wirksamer zu gestalten haben.

Das Bemühen der Agrarstrukturpolitik wird es sein, eine möglichst große Zahl von existenzfähigen, dem Wettbewerb in einem größeren europäischen Wirtschaftsraum gewachsenen Betrieben zu schaffen. Die auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes schon geleistete wertvolle Arbeit wird fortgesetzt, die eingeleiteten, zum Teil sehr langfristigen Maßnahmen werden zielstrebig weiter zu intensivieren und durch andere wirtschaftspolitische Maßnahmen zu unterstützen sein. Besondere Schwerpunkte werden hierbei die Wahrnehmung aller Möglichkeiten zur Grundaufstockung, die Beschleunigung der Zusammenlegungsverfahren und die verkehrsmäßige Erschließung der Betriebe bilden.

Die Markt- und Preispolitik wird vor allem die Marktschwächen ausgleichen, die sich aus der Naturgebundenheit der land- und forstwirtschaftlichen Produktion zwangsläufig ergeben. Für die drei landwirtschaftlichen Hauptproduktionszweige Milch, Getreide und Vieh hat das Marktordnungsgesetz stabile Preis- und Absatzverhältnisse geschaffen, die den Interessen der Erzeuger und der Verbraucher in gleicher Weise dienen. Änderungen und Ergänzungen, die im Hinblick auf die angestrebte Harmonisierung der Agrarpolitik Österreichs mit jener der EWG notwendig werden, sind vorzunehmen. Darüber hinaus wird das Bemühen der österreichischen Landwirtschaft, Produktion und Vermarktung den Wünschen der Verbraucher bestmöglich anzupassen, durch geeignete Maßnahmen — nicht zuletzt durch Einführung von Qualitätsklassen — in die rechten Bahnen zu lenken sein.

Im Rahmen der Bildungspolitik wird alles darangesetzt werden, die Unterrichtseinrichtungen auf dem Lande zu verbessern und das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen auf einer neuen gesetzlichen Grundlage auszubauen sowie durch eine gründliche Aus- und Weiterbildung der jungen Menschen eine der wichtigsten Grundlagen der bäuerlichen Selbsthilfe zu schaffen.

Zur Erreichung der Ziele des Landwirtschaftsgesetzes und zur Anpassung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft an die Entwicklung im europäischen Wirtschaftsraum werden im Wege der bewährten bisherigen Organisationsform der Landwirtschaftsförderung entsprechende Förderungsmittel be-

Bundeskanzler Dr. Klaus

reitzustellen sein. Die Bundesregierung wird sich hierbei insbesondere die nachhaltige Förderung des Bergbauerntums angelegen sein lassen.

Der Wildbachverbauung und dem Lawinenschutz, soweit hiefür der Bund zuständig ist, kommt gerade im Hinblick auf die Naturkatastrophen der letzten Jahre und ihre schädlichen Folgen für die Gesamtheit vorordentliche Bedeutung zu.

Der Wald bedeckt rund 40 Prozent der Gesamtfläche Österreichs. Neben seiner traditionellen Aufgabe als Rohstoffquelle tritt seine Schutz- und Erholungsfunktion immer mehr in den Vordergrund. Durch wohlausgewogene rechts- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, die den besonderen, durch die Natur bestimmten Gegebenheiten der forstlichen Produktion Rechnung tragen, soll vorgekehrt werden, daß der österreichische Wald seinen wichtigen Aufgaben auch in Zukunft gerecht werden kann.

Hohes Haus! Die Leistungsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft bildet das Fundament, auf dem das Gebäude unserer sozialen Sicherheit steht. Wir haben dieses Gebäude seit dem Weltkrieg in einem auch für internationale Verhältnisse beachtlichen Maße ausgebaut. Wir betreiben nicht zuletzt deshalb eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, um dieses Fundament der sozialen Sicherheit zu stärken. Das Beispiel der mit Beginn dieses Jahres wirksam gewordenen Pensionsdynamik läßt diesen Zusammenhang besonders deutlich sichtbar werden.

Die Pensionisten und Rentner sollen auch in Zukunft am wachsenden Wohlstand teilnehmen. In der landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherung sollen unzumutbare Härten beseitigt werden. Auch den Verbesserungen auf dem Gebiete der Kriegsoferversorgung durch eine angemessene Reform des Leistungsrechtes wollen wir unser Augenmerk zuwenden.

Eine moderne Sozialpolitik muß aber auch neue Aufgaben erkennen, neuen Gefahren entgegentreten und asoziale Verhältnisse durch den Mut zu einer Neuordnung beseitigen.

Diesen Mut brauchen wir vor allem auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft. Hier können keine zaghaften Einzelmaßnahmen, hier kann nur noch eine Generalbereinigung Abhilfe schaffen. Diese verstärkte Heranziehung privater Mittel für den Wohnungsneubau, die Vereinheitlichung der verschiedenen Arten der öffentlichen Wohnbauförderung, der Übergang von der Förderung der Wohnung auf die Förderung des Wohnungswerbers gehören ebenso zu einem Gesamtkonzept wie die Erhaltung und Modernisierung des bestehenden Wohnraums.

Dafür zu sorgen, daß unseren jungen Familien eine ausreichende Zahl von modernen und familiengerechten Wohnungen zu finanziell erschwinglichen Bedingungen zur Verfügung steht, erscheint der Bundesregierung als das wichtigste familienpolitische Ziel. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In Zukunft sollen die für den Wohnbau bestimmten öffentlichen Mittel nach sozialen Gesichtspunkten, das heißt unter Berücksichtigung von Familiengröße und Familieneinkommen, vergeben, der Bau familiengerechter Wohnungen erleichtert und durch Förderung des Wohnungssparens die für die Schaffung neuen Wohnraums verfügbaren Mittel vermehrt werden.

Der weitere Ausbau des Familienlastenausgleichs gehört gleichfalls zu den Zielen unserer Sozialpolitik. Wie es überhaupt das Bestreben der Bundesregierung sein wird, bei allen ihren Maßnahmen die berechtigten Interessen der Familie zu berücksichtigen.

Neuen Gefahren gilt es vor allem durch eine verbesserte Lebensmittelkontrolle, die Lärmbekämpfung und den Strahlenschutz zu begegnen.

Neben einer sachgerechten Kodifizierung des Arbeitsrechts werden die Fragen der Berufsausbildung, der Arbeitsvermittlung und die Fragen der Verwendung von Fremdarbeitern grundsätzlich zu klären sein.

Auf dem Gebiet der Krankenversicherung wird sicherzustellen sein, daß die Krankenversicherungsanstalten die für die Versicherten entscheidenden Leistungen erbringen können. Deshalb werden insbesondere die Bedingungen für einen zweckmäßigen Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel herzustellen sein.

Eine Neuregelung der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung ist dringend notwendig geworden. Sie muß ehestens in Angriff genommen werden.

Hohes Haus! Im vorstehenden Teil dieser Regierungserklärung habe ich mir erlaubt, namens der Bundesregierung eine umfassende Darstellung jener Materien zu geben, die Gegenstand der Aktivität der Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode sein werden.

Sie erachtet es aber als ihre besondere Aufgabe, die nachstehenden Probleme einer raschen, konkreten Verwirklichung zuzuführen und dem Hohen Haus die notwendigen Regierungsvorlagen und Berichte ehestens zu unterbreiten:

1. das nach Abschluß der zügig fortzuführenden Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erzielte Verhandlungsergebnis;

Bundeskanzler Dr. Klaus

2. die ehestmögliche Weiterführung von Verhandlungen mit der italienischen Regierung zwecks endgültiger Bereinigung der Südtirol-Frage;

3. die eheste Verabschiedung der Wirtschaftswachstumsgesetze;

4. Maßnahmen zur Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression;

5. die Einführung eines alljährlich vom Bundesminister für soziale Verwaltung zu erstellenden und im Wege der Bundesregierung dem Parlament vorzulegenden Berichtes über die soziale Lage, genannt Sozialbericht;

6. eine gerechte und soziale Gesamtreform der österreichischen Wohnungswirtschaft;

7. Maßnahmen für eine regionale Strukturpolitik unter Bedachtnahme auf die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Gebiete;

8. Koordinierungsmaßnahmen durch ein Konzept zur Sicherung einer langfristig ausreichenden Versorgung mit Energie durch einen Energieplan unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und menschlichen Probleme des Kohlenbergbaues;

9. eine dauerhafte Lösung der Reorganisation der verstaatlichten Industrie;

10. die Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen, Aufbringung zusätzlicher Investitionsmittel für die Österreichischen Bundesbahnen im Jahre 1966;

11. Verabschiedung der Gesetze zur Regelung des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens.

Die Bundesregierung wird nicht ermangeln, hinsichtlich der eben aufgezählten Materien die Beratungen unverzüglich aufzunehmen.

Hohes Haus! Die Fülle von Problemen, die zu erwähnen ich Gelegenheit hatte, darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß uns im Grunde genommen nur eine einzige, große Aufgabe gestellt ist: das österreichische Volk, das in diesem Jahrhundert so oft alte Ordnungen stürzen sah, das fast zwei Jahrzehnte nicht in seinem eigenen und vollkommen freien Staat leben durfte, das so unendlich viel Leid erdulden mußte, in eine lichte Zukunft zu führen. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben: Dieses Volk ist reich an Begabungen, dieses Land ist reich an Schätzen der Natur, das kulturelle Erbe, das uns unsere Ahnen überantwortet haben, ist unermeßlich groß, und dieser Staat ist frei und hat im Herzen Europas eine faszinierende Aufgabe.

Durch seine klare Entscheidung hat sich das österreichische Volk auch gegenüber der Regierung und dem Parlament einen Anspruch auf Fleiß, Zielstrebigkeit und rasches Handeln im Bereiche der Politik erworben.

Ich möchte schließen mit der Feststellung: Die eigentliche Regierungserklärung sollte das sein, was wir in den nächsten Jahren zu leisten imstande sein werden. Im Rückblick auf das Jahr 1945, in dem wir Not litten und fremder Gewalt ausgeliefert waren, muß uns im dritten Jahrzehnt der Zweiten Republik wieder der gleiche Mut beseelen, scheinbar unlösbare Probleme endlich zu lösen und große, für die Zukunft unseres Volkes entscheidende Taten zu setzen. Es lebe unser Vaterland, die Republik Österreich! *(Lebhafter anhaltender Beifall bei der ÖVP und Beifall auf der Galerie. — Abg. Zeillinger: Der Galerie hat's gefallen! — Weitere Zwischenrufe des Abg. Zeillinger.)*

Präsident: Zur Stellung eines formalen Antrages hat sich der Abgeordnete Dr. Withalm zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Withalm** (ÖVP): Ich beantrage, die Debatte über die Regierungserklärung in einer Sitzung am Freitag, dem 22. April, durchzuführen.

Präsident: Es wird beantragt, die Debatte über die Regierungserklärung in einer Sitzung am Freitag, dem 22. April, 10 Uhr, durchzuführen. Ich ersuche jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

2. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Bezirksgerichtes Linz um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Bruno Pittermann (6 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Bruno Pittermann.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Doktor Kleiner. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu berichten.

Berichterstatter Dr. **Kleiner:** Hohes Haus! Das Bezirksgericht Linz hat mit Schreiben vom 3. Februar 1966 um die Auslieferung des Abgeordneten DDr. Bruno Pittermann wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre ersucht. Der Abgeordnete Dr. Pittermann soll in einer am 5. November 1965 im Kongreßsaal der Arbeiterkammer in Linz durchgeführten Versammlung Äußerungen über die Arbeit der von der Österreichischen Volkspartei in den Aufsichtsrat der verstaatlichten Unternehmungen entsandten Mitglieder gemacht haben, durch die sich die in der Zuschrift des Bezirksgerichtes Linz angeführten Privatankläger in ihrer Ehre verletzt erachten.

Dr. Kleiner

Der Immunitätsausschuß hat das Auslieferungsbegehren in seiner Sitzung am 18. April 1966 beraten und beschlossen, dem Nationalrat zu empfehlen, dem Auslieferungsbegehren nicht stattzugeben, da die inkriminierten Äußerungen mit der politischen Tätigkeit des Abgeordneten DDr. Bruno Pittermann in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Ich stelle daher namens des Immunitätsausschusses den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Ersuchen des Bezirksgerichtes Linz um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Bruno Pittermann zu den Aktenzeichen 20 U 1685/65, 20 U 1686/65, 20 U 1687/65, 20 U 1688/65, 20 U 1689/65, 20 U 1690/65, 20 U 1691/65, 20 U 1692/65 (*Abg. Dr. van Tongel: Hört denn*

das gar nicht auf?) und 20 U 1693/65 wegen § 487 Strafgesetz wird nicht stattgegeben.

Präsident: Zum Wort ist niemand gemeldet.

Bevor ich zur Abstimmung gehe, möchte ich feststellen, daß die Galerie weder durch Beifalls- noch durch Mißfallensäußerungen in die Verhandlungen des Hauses eingreifen darf. (*Ruf bei der SPÖ: So ist es!*)

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Der Antrag des Immunitätsausschusses wird einstimmig angenommen.

Präsident: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung findet am Freitag, dem 22. April, um 10 Uhr statt. Auf der Tagesordnung wird die Debatte über die Erklärung der Bundesregierung stehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 12 Uhr 15 Minuten